

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

diese Woche war voll mit Verzweiflungstaten der schwarz-gelben Koalition. Am Sonntag trafen sich die Spitzen zu einem Koalitionsgipfel – heraus kamen längst abgekartete Wahlgeschenke wie die Abschaffung der Praxisgebühr (die auch wir wollten) im Tausch für die Einführung des Betreuungsgeldes. An diesem Freitag hat die Koalition diese Herdprämie dann tatsächlich im Bundestag beschlossen, nachdem die Abstimmung verschoben und der interne Streit immer größer geworden waren. Wie man das Betreuungsgeld einer alleinerziehenden Mutter erklären will, bleibt mir schleierhaft. Und was Herr Schäuble und Frau Merkel wohl sagen würden, wenn zum Beispiel Griechenland solch eine Verschwendung von Steuergeldern einführen würde? Peer Steinbrück nannte es in seiner Rede darum auch punktgenau Schwachsinn. Wir werden alle rechtlichen Mittel gegen das Betreuungsgeld ausschöpfen; an unserer Seite steht die gesamte Opposition im Parlament.

Eine weitere Verzweiflungstat von Schwarz-Gelb war die Ablehnung unserer Anträge zur Regelung der Nebeneinkünfte. Hier wäre die Chance gewesen, großen Worten auch Taten folgen zu lassen. So aber haben die Koalitionäre sich als scheinheilig demaskiert. Sie forderten etwas von Peer Steinbrück, das sie selbst nun nachweislich nicht zu kommunizieren bereit sind. Damit schaden sie nicht nur dem Ansehen aller Politikerinnen und Politiker, sondern auch der Funktion der Demokratie. Denn Abgeordnete sollen unabhängig sein, es muss für alle klar und sichtbar sein, dass sie das auch sind. Unsere Transparenzregeln hätten das ermöglicht.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE JOHANNA AGCI, STEFAN HINTERMEIER, LUTZ HÖTTLER, ALEXANDER
LINDEN, ANJA LINNEKUGEL
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 09.11.2012 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02	Top-Thema: Abstimmung über Betreuungsgeld	11	NADA strukturell stärken
04	Gipfelbeschlüsse der Koalition sind Wahlgewinne	12	Kein Alleingang bei Markttransparenzstelle für Energiegroßhandel
05	Koalition verweigert Transparenz bei Nebeneinkünften	13	Sicherheit im Seeverkehr herstellen
06	SPD-Fraktion gratuliert Obama	11	Maritimes Bündnis weiterentwickeln
07	UN-Missionen im Sudan verlängert	14	Menschenrechte in Zentralasien stärken
07	Nuklearwaffen in Europa verringern	14	Entwicklungspolitisches Papier vorgestellt
08	UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen	15	Lebensverhältnisse zwischen Ost und West weiter angleichen
10	Mehr Organspender gewinnen	16	Veranstaltung: Marktwächter einführen
11	Sozialen Arbeitsmarkt schaffen		

TOP-THEMA

Steinbrück: Das Betreuungsgeld ist schwachsinnig

Viermal musste die schwarz-gelbe Koalition das Betreuungsgeld beschließen, bevor darüber an diesem Freitag im Bundestag abgestimmt wurde. Selbst bei Schwarz-Gelb ist es höchst umstritten. Eigentlich will es nur der bayerische Ministerpräsident, um damit im Landtagswahlkampf die Nachfrage nach fehlenden Betreuungsplätzen in Bayern zu dämpfen. Auch die Bevölkerung lehnt es mehrheitlich ab, darunter auch die Wählerinnen und Wähler von Union und FDP. Gegen diese unsinnige Kita-Fernhaltprämie gibt es eine breite gesellschaftliche Phalanx von den Gewerkschaften und den Sozialverbänden, über die Wissenschaft bis hin zu den Arbeitgebern.

Zu Beginn der Debatte am Freitagmorgen appellierte die CSU-Abgeordnete Dorothee Bär an die Vernunft, wenn über das Betreuungsgeld abgestimmt werde. Dabei kann sie eigentlich nur die eigenen Reihen gemeint haben, in denen das Betreuungsgeld auch auf wenig Zustimmung trifft.

Schwarz-Gelb stellt die Weichen falsch

Peer Steinbrück machte in seiner Rede unumwunden klar, dass er das Betreuungsgeld für „schwachsinnig“ halte. Das Gesetz sei grotesk, weder ein nennenswerter Teil der schwarz-gelben Koalition wolle es noch die Bevölkerung. Mit einem „Höchstmaß an der Selbstdisziplinierung und Selbstverleugnung“ vor allem bei der FDP werde das Betreuungsgeld nun nach gescheiterten Anläufen durchgedrückt. Immer wenn er mit Erzieherinnen und Erziehern, Arbeitgebern und mit Alleinerziehenden spreche werde deutlich, dass damit die Weichen falsch gestellt würden. Die Leistung sei gesellschaftlich rückwärtsgewandt und verfestige Rollenbilder aus der Biedermeierzeit. „Weniger Frauen werden eine eigene Berufsbiografie schreiben, weniger Kinder werden Chancen auf frühe Bildungsförderung

haben“, sagte Steinbrück. Das mache die Gesellschaft ungerechter. Es werde Steuergeld eingesetzt, damit Frauen ihre Berufstätigkeit zurückstellen. Das Geld gehöre in den Ausbau der Kita-Plätze, von denen noch 200.000 fehlten. Zudem äußerte Steinbrück sein Erstaunen darüber, dass Finanzminister Schäuble hier eine Ausgabe genehmige, die er den Griechen nie durchgehen lassen würde. Er fragte, was wohl wäre, wenn die Griechen eine solche Leistung beschließen würden? Schließlich sei das Betreuungsgeld nicht gegenfinanziert.

Selbst in der FDP werde die Verfassungsmäßigkeit des Betreuungsgeldes angezweifelt, darunter auch die Justizministerin. Steinbrück fragte, welche Rolle dieses Thema in der Debatte der Koalition gespielt habe? Er warf der Bundeskanzlerin vor, das unsinnige Gesetz nur aus dem Kalkül der Machterhaltung verabschieden zu wollen. „Eine der ersten Maßnahmen einer SPD-geführten Regierung wird die Abschaffung des Betreuungsgeldes sein“, kündigte Steinbrück an.

Die SPD-Fraktion war immer gegen das Betreuungsgeld

In der Großen Koalition sei das Betreuungsgeld nicht beschlossen worden, stellte die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks, in der Debatte angesichts unwahrer Behauptungen von Schwarz-Gelb klar. Es stand lediglich als unverbindliche Formulierung im Kinderförderungsgesetz. Denn nur so war die CSU bereit, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach den ersten zwölf Lebensmonaten eines Kindes und die Mittel zum Ausbau der Betreuungsplätze zu verabschieden. Die SPD-Fraktion hat damals immer wieder deutlich gemacht, dass sie das Betreuungsgeld ablehnt. Wenn es damals schon beschlossen worden wäre, dann müsste die Koalition ja jetzt nicht darüber abstimmen, sagte Marks. Die Koalition glaube, dass das hochexplosive Thema vom Tisch sei, wenn das Gesetz heute beschlossen werde, doch das werde nicht so sein.

Betreuungsgeld ist Ausstieg aus sozial gerechter Bildungspolitik

Das Betreuungsgeld werde nun am 1. August 2013 eingeführt und konterkariere damit den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, der ebenfalls zu diesem Datum in Kraft trete. Caren Marks übte auch Kritik daran, dass das Betreuungsgeld dafür bezahlt werde, dass eine öffentlich finanzierte Kinderbetreuung nicht in Anspruch genommen werde, aber den Eltern zustehe, die ihren Nachwuchs von einem Au-pair-Mädchen betreuen lassen. Das sei der Ausstieg aus sozial gerechter Bildungspolitik, doch hier sei von der FDP auch nichts anderes zu erwarten. „Die von der Bundeskanzlerin einst ausgerufene Bildungsrepublik ist nichts mehr wert“, sagte Marks.

In einem Kuhhandel hatte die FDP, die das Betreuungsgeld eigentlich ablehnt, der Kita-Fernhalteprämie zugestimmt, weil die Union die Abschaffung der Praxisgebühr mitgetragen hat. Zuvor hatte der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler noch kritisiert, dass das Betreuungsgeld viel Geld koste, nicht gegenfinanziert sei und eine Bildungskomponente völlig fehle. Dafür gibt es nun für die Eltern, die das Betreuungsgeld für die Bildung ihrer Kinder sparen, eine Prämie von 15 Euro obendrauf. Gleiches gilt für die Eltern, die das Betreuungsgeld für die eigene Altersvorsorge nutzen. Beides gilt der Beschwichtigung der FDP und freut die private Versicherungswirtschaft. Das Betreuungsgeld soll ab 1. August 2013 zunächst in Höhe von 100 Euro pro Monat bezahlt werden, wenn Eltern für ihr Kind kein öffentlich finanziertes Betreuungsangebot nutzen. Ab 1. August 2014 sollen dann 150 Euro pro Monat gezahlt werden.

SCHWARZ-GELB

Steinmeier: Gipfelbeschlüsse der Koalition nichts als Ladenhüter

Monatelang haben sie sich nicht einmal auf einen Termin einigen können –nun tagte der Koalitionsausschuss von Schwarz-Gelb nach acht Monaten Pause. Dabei heraus kam aber nicht der große Regierungsentwurf, sondern kleinliche und unsoziale Tauschgeschäfte, die eher einem Kuhhandel entsprechen.

Das widersinnige Betreuungsgeld soll nun kommen, aber erst zum August 2013, dafür soll die Praxisgebühr abgeschafft werden. Letzteres hatte auch die SPD-Fraktion vorgeschlagen. Die CSU freut sich über 750 zusätzliche Millionen Euro für das Bundesverkehrsministerium. Und schließlich sollen Renten von Geringverdienern unter gewissen Umständen durch eine staatliche Leistung ein wenig aufgestockt werden.

Statt wirklich die großen Aufgaben und Probleme anzugehen, vor denen dieses Land steht, verheddert sich die Koalition aus lauter Furcht vor dem Regierungsverlust in teuren, überflüssigen und effektlosen Wahlgewinnen.

„Das war ein schwarzer Sonntag für die Koalition. Dieser Koalitionsausschuss war der Offenbarungseid für die Regierung Merkel. Da ist kein Ehrgeiz, kein Ziel. Das Ergebnis waren Minimalkompromisse über alte KoalitionsLadenhüter, aber kein Weg nach vorn“, resümiert SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Der verantwortungslose Deal Betreuungsgeld gegen Praxisgebühr sei gemacht worden, bevor die Koalitionäre zusammensaßen.

Steinmeier kritisiert insbesondere, dass wirtschaftspolitische Themen wie Mindestlohn oder Kurzarbeit überhaupt nicht behandelt wurden. „Statt Zukunftsvorsorge nur Themen, die in der Koalition nicht weh tun“, sagt der Oppositionsführer.

Rentner sind die Verlierer

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann konstatiert: „Das ist keine große Leistung“. Die Koalition sei nicht solide, „sie mogelt sich durch“. Zum Betreuungsgeld stellte Oppermann klar: „Wir geben Geld aus für Kinder, die zu Hause bleiben. Das ist nicht richtig“. Eine solche Politik entspreche dem Familienbild der 50er-Jahre. Die SPD prüft nun genau wie die Grünen eine Verfassungsklage gegen das Betreuungsgeld, weil die Eltern keine echte Wahlmöglichkeit haben. Es fehlen Kitaplätze.

Es sei ein „ziemlicher Zynismus zu sagen, wir erfinden eine Lebensleistungsrente für Menschen, die mehr als 30 oder 40 Jahre gearbeitet haben, und die liegt dann nur 10 oder 15 Euro oberhalb der Sozialhilfe“. Mit diesen Worten geißelt SPD-Parteichef Sigmar Gabriel die Ergebnisse des Koalitionsngipfels zur Rente. Für ihn sind vor allem die Rentnerinnen und Rentner die Verlierer.

Peer Steinbrück sieht die jüngsten Beschlüsse von Schwarz-Gelb als reinen Beitrag zum Koalitionsfrieden. Es gehe vor allem um den koalitionsinternen Ausgleich, „jeder bekommt ein kleines Geschenk“, sagt Steinbrück und ergänzt: „Mit dieser durchsichtigen Strategie kommt die Koalition aber nicht durch“. Die Wähler ließen sich nicht kaufen, schon gar nicht mit einem bildungspolitischen Rückschritt wie dem Betreuungsgeld, sagte der SPD-Politiker. „Die Koalition verteilt Wahlkampfgeschenke, die nur einer koalitionspolitischen Logik folgen. Eine Linie für die Lösung der Probleme unseres Landes ist nicht zu erkennen.“

Faule Kompromisse

Die stellvertretende Fraktionschefin Dagmar Ziegler erklärt zum Betreuungsgeld: „Nur um einen Gesichtsverlust von Horst Seehofer vor den Landtagswahlen in Bayern zu vermeiden und dem

siechenden FDP-Vorsitzenden Rösler das Überleben für wenige weitere Monate zu sichern, schließen sie beim Betreuungsgeld einen faulen Kompromiss. Der Burgfrieden ist teuer erkaufte. Merkel lässt den Preis dafür Kinder und Eltern zahlen. Denn denen drohen jetzt schlechtere Bildung und Integration sowie weniger und schlechtere Kitaplätze.“

Ähnlich lässt sich auch ihr Kollege Joachim Poß ein. Poß kritisiert vor allem die unüberlegten und hohen Kosten der schwarz-gelben Wahlgewinne: „Nicht nur aus dem Gesundheitsfonds, sondern auch aus der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden hohe Beträge abgezogen. Angesichts erheblicher konjunktureller Risiken, angesichts der nach wie vor ungewissen Lage in der Eurozone müsste eigentlich Vorsorge getroffen werden für mögliche Abschwünge und finanzielle Schocks.“

Peinlich ist für die Koalition, dass sie sogar längst beschlossene Vorhaben wie die Senkung des Rentenbeitrags zum kommenden Jahr als Lösung des Gipfels verkauft – nur um eine Fülle an Ergebnissen präsentieren zu können, die es gar nicht gibt.
Spott in der Presse

Da wundert es kaum, dass die Presse die Gipfelbeschlüsse als das ausmacht, was sie sind: ein unverhohlener Kuhhandel, ein Basar. Über die Kanzlerin heißt es bei SPIEGEL ONLINE: „Statt zu führen, gibt sie den Bedürfnissen ihrer Koalitionäre nach. Sie moderiert faule Kompromisse, die noch reichlich Schaden anrichten können“. Nein, heißt es später in dem Kommentar, „so wird ein Land nicht sinnvoll regiert.“

Und die SÜDDEUTSCHE ätzt auf ihrer Onlineseite: „Zu großen Taten, großen Reformen war und ist die Koalition nicht in der Lage. Und selbst die kleinen Taten und kleinen Reformen sorgen für Dauerzoff in Kabinett und Fraktionen. Dieses sogenannte bürgerliche Bündnis, mal angetreten als Wunschkoalition, hat unter den Bürgern nur einen Wunsch verstärkt: dass es bald ein Ende haben möge.“

INNENPOLITIK

Debatte über Nebeneinkünfte: Koalition hat Demokratieverständnis von gestern

Die Nebentätigkeiten von Peer Steinbrück haben eine Debatte losgetreten um die Transparenz-Anforderungen an Abgeordnete. Es geht im Kern darum, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, wieviel ein Abgeordneter, eine Abgeordnete nebenbei verdient und wer der Auftraggeber war.

Die SPD-Fraktion bemüht sich schon seit Jahren, schon in der Großen Koalition, um eine Verschärfung der bestehenden Transparenzregeln. Doch in der Rechtsstellungskommission des Ältestenrates fand sie für ihre Vorhaben, nämlich eine Veröffentlichungspflicht auf Euro und Cent, keine Mehrheit. Schwarz-Gelb war dagegen. Das liegt wohl auch daran, dass die Liste der zehn Am-meisten-nebenbei-Verdiener nur ein Mitglied der SPD-Fraktion aufweist, die übrigen neun sind von Union und FDP. Schwarz-Gelb will lediglich ein erweitertes Stufenmodell – das aber das Wesentliche verschweigt.

Die SPD hat nun drei Anträge in diese Sitzungswoche eingebracht, zwei davon gemeinsam mit den Grünen: „Transparenz bei Nebeneinkünften herstellen durch Veröffentlichungspflicht auf Euro und Cent“ (Drs. 17/11331), den Antrag „Nebentätigkeiten transparent machen – Branchen kennzeichnen“ (Drs. 17/11332) und – nur die SPD-Fraktion – den Antrag „Karenzzeit für ehemalige Bundesminister und Parlamentarische Staatssekretäre in Anlehnung an EU-Recht einführen“ (Drs. 17/11318).

Nicht nur Partikularinteressen vertreten

In der Debatte dazu sagte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann in Richtung Koalition: „Es ist eine Ironie, dass Sie mit Ihren Angriffen auf Peer Steinbrück nun einen aktiven Beitrag dazu geleistet haben, mehr Transparenz bei Nebeneinkünften zu schaffen. Wir werden nun sehen, ob Sie das ernst meinen oder ob Sie scheinheilig sind“. Oppermann begründete die volle Transparenz auch damit, dass ein Abgeordneter unabhängig sein müsse und das ganze Volk vertreten müsse und nicht nur Partikularinteressen. „Das freie Mandat ist wichtig für die Funktion der Demokratie. Wir wollen dokumentieren, dass sich die Abgeordneten das Vertrauen der Bürger auch verdienen.“ Er forderte die Koalition auf, ihr „Demokratieverständnis von gestern“ zu modernisieren und sich auf die SPD zuzubewegen.

Antrag Nummer 1 hatte die Fraktion bereits in der Sitzung der Kommission des Ältestenrates für die Rechtsstellung der Abgeordneten gestellt. Der Vorsitzende Hermann Otto Solms (FDP) wollte darüber aber nicht abstimmen lassen, sodass sich nun das Plenum des Bundestages damit befasst.

Der Antrag, Branchen kennzeichnen soll bewirken, dass die im geltenden Recht bereits als Möglichkeit vorgesehene Veröffentlichung von Nebentätigkeiten von Berufsheimnisträgerinnen und -träger, wie beispielsweise Rechtsanwältinnen oder Steuerberaterinnen, nach Branchen nun als Verpflichtung ausgestaltet wird.

Zweck des Karenzzeit-Antrags ist es, eine Abgrenzung zweifelhafter Tätigkeiten von korrekten und erwünschten Berufstätigkeiten zu schaffen. Beschränkungen der Berufstätigkeit, die das Recht der Europäischen Union für ehemalige Mitglieder der EU-Kommission vorsieht, sollen ins Bundesrecht übertragen werden.

Die Anträge wurden allesamt am 8. November in den Abendstunden von der schwarz-gelben Koalition abgewiesen.

AUSSEN

SPD-Fraktion gratuliert Obama: Transatlantische Zusammenarbeit intensivieren

Barack Obama ist der klare Wahlsieger der US-Wahl. Er wird nun für vier weitere Jahre regieren. In dem Wahlsieg liegen große Chancen für Konfliktlösungen in der Weltpolitik.

"Meine Befürchtung war, dass ein Präsident Romney ein ohnehin gespaltenes Land eher weiter auseinander treibt", sagte Steinmeier im ARD-Morgenmagazin. Obama habe das Potenzial, die unterschiedlichen Interessen, Schichten und Ethnien in dem Land zusammenzuführen. Man dürfe nicht unterschätzen, was Obama bislang geschafft habe. "Eine Gesundheitsreform in den USA ist eine kleine Revolution." Die Hoffnungen in Obama seien aber vielleicht nicht mehr ganz so "überirdisch" wie bei seiner ersten Wahl vor vier Jahren.

Steinmeier rechnet mit wachsenden Ansprüchen der Amerikaner an ihre europäischen Partner. "Wir müssen mehr investieren in diese Zusammenarbeit über den Atlantik hinweg. Die Erwartung an uns wird eher steigen", sagte Steinmeier. Über die transatlantische Zusammenarbeit müsse neu nachgedacht werden. "Wir haben ein Interesse daran, dass die Europäer wichtig bleiben."

Gernot Erler, Fraktionsvize, sagt: "Der wiedergewählte US-Präsident steht für die Beendigung der ISAF-Mission in Afghanistan bis Ende 2014, für die Wiederaufnahme des Nahost-Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern und für eine politische Lösung im Konflikt um die mögliche iranische Atombewaffnung. Mit seiner beeindruckenden Wiederwahl trotz schwieriger Umstände im Gepäck kann Obama jetzt an den Wegmarken seiner ersten Amtszeit anknüpfen."

Der Vorsitzende der Deutsch-Amerikanischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Hans-Ulrich Klose, hat die Wiederwahl Barack Obamas begrüßt. Es sei ein schöner Morgen, auch wenn sich die Entscheidung etwas hingezogen habe, sagte der SPD-Außenpolitiker im Deutschlandfunk.

"Die letzten vier Jahre waren so, dass man schon ängstlich sein musste um die Zukunft dieses großen Landes." Die Geschichte zeige aber, dass das Potenzial an Erneuerung in den USA groß sei. Wichtig sei daher für Obama, auf die Führung der Republikaner zuzugehen.

Gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat der Bundestag am 8. November einen Antrag der SPD (Drs. 17/9728) abgelehnt, einen neuen Impuls für eine Stärkung der transatlantischen Partnerschaft mit den USA vor allem in Politik und Wirtschaft zu entwickeln und neue Initiativen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle voranzubringen.

UN-Missionen im Sudan verlängert

Der Bundestag hat über die weitere deutsche Beteiligung an zwei UN-Missionen im Sudan beraten und positiv entschieden (Drs. 17/7213 und 17/6509).

Die Mission UNMISS wurde im Juli 2011 per Sicherheitsratsbeschluss eingerichtet. Sie hat zum Ziel, die Regierung des unabhängig gewordenen Süd-Sudan bei der Sicherung von Frieden und einem sicheren Umfeld für den Staatsaufbau zu unterstützen. Deutschland hat sich an UNMISS von Anfang an beteiligt, zuletzt mit 16 Soldaten.

Die Mission UNAMID soll dazu beitragen, die Sicherheitslage in Darfur im Westen des Sudan zu stabilisieren. Die Lage ist nach wie vor kritisch. Trotz eines Friedensabkommens im vergangenen Jahr flammen immer wieder Kämpfe zwischen Regierung und Rebellen auf. Die Mission soll weitere Friedensverhandlungen ermöglichen und die Bewegungsfreiheit von humanitären Helfern gewährleisten. Deutschland beteiligt sich bislang mit neun Soldaten an UNAMID. Sie sind im Hauptquartier eingesetzt. Die Obergrenze für die beiden Missionen liegt bei maximal je 50 Soldaten. Beide Missionen hatten bei den vorangegangenen Mandatsentscheidungen im Bundestag breite Unterstützung gefunden.

Nuklearwaffen in Europa verringern

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, die letzten verbliebenen US-Nuklearwaffen aus Deutschland abzuziehen. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Wir werden uns im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden“. Inzwischen scheint Schwarz-Gelb sich von dieser Zielsetzung verabschiedet zu haben.

Im März 2010 hatte eine breite Mehrheit des Deutschen Bundestages die Bundesregierung dazu aufgefordert, sich für den Abzug substrategischer Nuklearwaffen aus Deutschland einzusetzen. Die Bundesregierung hat allerdings dem neuen strategischen Konzept der NATO zugestimmt. Dieses sieht keine Reduzierung von Nuklearwaffen vor. In einem Antrag (Drs.

17/1325) fordert die SPD die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass sich die Rolle von Nuklearwaffen in der NATO verringert. Substrategische Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) müssen aus Deutschland und Europa abgezogen werden. Der Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozess zwischen den USA und Russland ist fortzusetzen. Modernisierte B61-Nuklearwaffen sollen nicht in Deutschland und Europa stationiert werden. Vorhandene B61-Nuklearwaffen dürfen nur mit einem politischen Beschluss der NATO modernisiert werden. Auch das deutsche Trägersystem für substrategische Nuklearwaffen soll nicht erneuert werden.

Notwendig ist eine verantwortungsvolle und vorausschauende Sicherheitspolitik, die sich am Konzept der gemeinsamen Sicherheit orientiert. Dazu gehört die Wiederbelebung der europäischen konventionellen Rüstungskontrolle einschließlich Überprüfung und vertrauensbildender Maßnahmen. Nukleare Abrüstung und Konventionelle Rüstungskontrolle gehören zusammen. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Russland muss gestärkt werden, im Sinne des Aufbaus einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft wie sie im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit diskutiert wird.

Nuklearwaffen sind eindeutig ein Relikt des Kalten Krieges.

INKLUSION

UN-Behindertenrechtskonvention jetzt umsetzen

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wurde 2009 ratifiziert und muss nun umgesetzt werden. Sie bringt die menschenrechtliche Perspektive in die Behindertenpolitik ein und formuliert politische Ziele sowie Verpflichtungen für den Gesetzgeber und die Zivilgesellschaft, aber auch individuelle Rechte für die Menschen mit Behinderung. Am 9. November fand im Bundestag eine behindertenpolitische Debatte statt, in der drei Anträge der SPD-Fraktion beraten wurden: „UN-Konvention jetzt umsetzen – Chancen für eine inklusive Gesellschaft nutzen“ (Drs. 17/7942), „Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit – Behindertenrechtskonvention umsetzen und Entwicklungszusammenarbeit inklusiv gestalten“ (Drs. 17/89269) und „Das Menschenrecht auf inklusive Bildung in Deutschland endlich verwirklichen“ (Drs. 17/10117).

Die frühere Gesundheitsministerin Ulla Schmidt erinnerte zu Beginn ihrer Rede an die vielen Opfer unter den behinderten Menschen während der Nazizeit. Deshalb sei es gut, wenn heute klar und deutlich gesagt werde, dass Menschenrechte nicht teilbar sind, sie gelten genauso für behinderte Menschen. Die UN-Behindertenrechtskonvention dürfe keine Deklaration bleiben, sondern müsse sich in den Gesetzen wiederfinden, damit sich die Gesellschaft und die Infrastruktur in unserem Land verändern. Die inklusive Gesellschaft bedeute Chancen für die ganze Gesellschaft.

Verschiedenheit müsse endlich als Normalität begiffen werden, sagte Oliver Kaczmarek, Mitglied im Bildungsausschuss des Bundestages. Er betonte, dass die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention eine enorme Herausforderung für das Bildungssystem sei. Dazu schlage die SPD-Fraktion einen Pakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor. Der inklusive Ansatz betreffe die gesamte Bildungsbiographie von der Kita bis zur Universität. Kaczmarek betonte dabei die wichtige Rolle von Ganztagschulen für die Inklusive Bildung.

SPD hat konkreten Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der UN-BRK vorgelegt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen konkreten Maßnahmenkatalog und Inhalte formuliert, die die Bundesregierung in ihrem Nationalen Aktionsplan verankern soll. Die Regierung soll dazu jeweils konkrete Umsetzungsperspektiven, insbesondere auch für die öffentlichen Haushalte

konkretisieren. Die Menschen mit Behinderung sollen in diesen Prozess von Anfang an aktiv mit einbezogen werden.

Die UN-BRK ist ein Meilenstein auf dem Weg, Menschen mit Behinderung von Anfang an gleichberechtigt mit einzubeziehen und ihre Menschenrechte, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Bei ihrer Umsetzung muss das geltende Recht in Deutschland sowie seine Anwendung überprüft werden.

Menschen mit Behinderung brauchen mehr Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt

Ein zentrales Ziel ist es, Menschen mit Behinderung aus der Abhängigkeit von Sozialhilfe herauszuholen. Sie sollen möglichst auf dem ersten Arbeitsmarkt ihren Lebensunterhalt verdienen können. Denn ihre Unterstützung durch Arbeitsassistenten und barrierefreie Arbeitsplatzgestaltung ermöglicht auch eine Teilhabe an qualifizierter Beschäftigung. Die Eingliederungshilfe ist dabei ein zentrales Mittel, um die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderung zu bekämpfen.

Leistungen zur sozialen Teilhabe sollen einkommens- und vermögensunabhängig sein, damit der Teilhabebedarf nicht zu Armut führt. Zudem soll die Umsetzung einer Bundesbeteiligung in Form eines Bundesteilhabegeldes geprüft werden, damit eine bundeseinheitliche Grundlage für die Sicherstellung der individuellen Teilhabe gegeben ist.

Von Anfang sollen Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen

Der Weg in eine inklusive Gesellschaft beginnt im Kindesalter. Darum sollen Kinder mit und ohne Behinderung von Beginn an dieselben Kindergärten und Schulen besuchen und gemeinsam lernen. Auch der Übergang von der Schule in den Beruf muss den Bedürfnissen von Schülern mit Behinderung gerecht werden. Neben einer frühzeitigen Beratung und Begleitung sollen die Ausbildungsstätten für die Anforderungen an eine inklusive Ausbildung ausgestattet werden. Aktuell ist nur einer von 1000 betrieblichen Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderung geeignet. Hochschulen sowie Aus- und Weiterbildung sollen für Menschen mit Behinderung weiter geöffnet und entsprechend gestaltet werden. Außerdem soll eine Anpassung der Lehramtsstudiengänge erfolgen.

Damit Menschen mit Behinderungen ihr Leben selbstbestimmt führen können ist eine umfassende Barrierefreiheit eine Grundvoraussetzung. Das betrifft die Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs genauso wie den Bahn-, Luft- und Fußverkehr. Ebenso muss der Wohnraum in den Städten und Gemeinden so beschaffen sein, dass Menschen mit Behinderung mitten in der Gesellschaft leben können und nicht auf Sondereinrichtungen angewiesen sind. Auch alle öffentlichen Einrichtungen und Dienste wie z. B. Arztpraxen müssen für Menschen mit Behinderungen einfach zugänglich sein. Ebenso dürfen Kommunikation und Tourismus keine Barrieren aufweisen. Genauso wichtig für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung sind menschliche oder tierische Assistenz. Eine bedarfsgerechte und flächendeckende gesundheitliche Versorgung, Pflege und Rehabilitation sind weitere wichtige Ziele.

Menschen mit Behinderungen in Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen

Etwa 80 Prozent der Menschen mit Behinderungen leben in Entwicklungsländern. Sie sind von vielen Lebens- und Arbeitsbereichen sowie medizinischen Dienstleistungen ausgeschlossen. In vielen Ländern werden ihre Menschenrechte verletzt. Die Bundesregierung hat ihre vor zwei Jahren angekündigte Strategie für inklusive Entwicklung bisher nicht vorgelegt. Die SPD-Fraktion fordert sie auf, die Belange von Menschen mit Behinderungen als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit zu verankern. Konkrete Ziele, Maßnahmen und die finanzielle Ausstattung müssen in einer Strategie festgelegt werden. Neue Vorhaben sollen darauf geprüft werden, ob sie die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen verbessern. Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen muss zum Förderkriterium und

Evaluierungsstandard werden. Und schließlich sollen die Belange von Menschen mit Behinderungen in die Millenniumsentwicklungsziele integriert werden.

GESUNDHEIT

Mehr Organspender gewinnen

Am 01. November 2012 ist die Entscheidungslösung in Kraft getreten. Dafür hatte sich SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier stark gemacht, um mehr Organspender in Deutschland zu gewinnen. Er unterstützt auch die facebook-Aktion zur Werbung für die Organspende.

Die Entscheidungslösung verfolgt das Ziel, mehr Menschen dafür zu gewinnen, ihre Bereitschaft zur Organspende auf einem Spenderausweis zu dokumentieren. Rund 12.000 Menschen warten auf eine Organspende. Jährlich kostet es 1000 Menschen das Leben, weil kein geeignetes Spenderorgan zur Verfügung steht. Auch wenn laut Umfragen viele Menschen in Deutschland grundsätzlich zu einer Organspende bereit sind, tragen die wenigsten einen Organspendeausweis mit sich. Das zu ändern, dafür ist SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier angetreten. Er hat sich intensiv für eine Änderung des Gesetzes eingesetzt, und er hat auf vielen Veranstaltungen über die Notwendigkeit der Organspende gesprochen.

Innerhalb eines Jahres schreiben die Krankenkassen ihre Versicherten an

Fraktionsübergreifend hat der Bundestag im Mai dieses Jahres die Entscheidungslösung beschlossen. Sie zwingt niemanden zur Organspende oder zu einer Entscheidung. Allerdings ist es das Ziel, auf freiwilliger Basis mehr Menschen für eine Organspende zu gewinnen. Deshalb schreiben die Krankenkassen ab jetzt alle Versicherten an, um sie über die Organspende zu informieren und für die Spendenbereitschaft zu werben. „Innerhalb der im Gesetz vorgegebenen Jahresfrist sollen die Kassen selbst entscheiden, wann sie ihre Kampagnen beginnen. Wichtig ist, dass sie es tun. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Skandale ist breite Information wichtig. Ich bin froh, dass die Kassen diesen Auftrag so verantwortungsvoll wahrnehmen“, erklärte Frank Walter Steinmeier. Die Informationen durch die Krankenkassen seien ein wichtiger Baustein, um die Bereitschaft zur Organspende zu steigern.

Frank-Walter Steinmeier freut sich darüber, dass facebook Werbung für die Organspende unterstützt. Dazu können nun Nutzer in ihrer Chronik, ihre Bereitschaft zur Organspende anzeigen. Dadurch würden, so Steinmeier, auch andere Menschen auf das Thema aufmerksam. In anderen Ländern habe eine solche Aktion die Bereitschaft zur Organspende unter jungen Menschen deutlich erhöht, sagte Steinmeier.

Skandale schaden der Spendenbereitschaft

In den letzten Monaten waren Vorwürfe der Manipulation von Wartelisten in Transplantationszentren in Göttingen, Regensburg und München bekannt geworden. Die zuständigen Staatsanwaltschaften und die Bundesärztekammer ermitteln. Dieser Skandal hat die Bereitschaft zur Organspende gedämpft. Das ist für alle Menschen, die dringend auf ein Spenderorgan warten, und für ihre Angehörigen eine tragische Entwicklung. Das Münchener Universitätsklinikum hat bereits Konsequenzen gezogen und organisiert die Transplantationsmedizin neu. Dazu soll ein selbstständiges Zentrum für Transplantationsmedizin errichtet werden. „Organspende braucht Transparenz und Vertrauen. Wir müssen die Skandale aufklären und solchen Manipulationen für die Zukunft einen Riegel vorschieben. Deshalb ist es gut, dass Ärzteschaft und Politik so schnell reagiert haben. Denn wenn Zweifel an dem Verfahren der Transplantation aufkommen, sind die Leidtragenden die Patienten auf der Warteliste“, erklärte der SPD-Fraktionschef.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert unter anderem:

- Die lückenlose Aufklärung der Manipulationen in den Transplantationszentren
- Strafrechtliche/berufsrechtliche Konsequenzen; evtl. Schließung von Transplantationszentren
- Einführung eines deutschlandweiten wissenschaftlichen Registers zur Qualitätskontrolle
- Reform des Bonussystems für Ärzte, die Transplantationen durchführen
- Begrenzung der Zahl der Transplantationszentren

ARBEIT

SPD-Fraktion will sozialen Arbeitsmarkt schaffen

Was ist zu tun, um Langzeitarbeitslosigkeit besser zu bekämpfen? Die SPD-Fraktion will bis zu 200.000 Menschen mit Lohnzuschüssen in Beschäftigung bringen.

Rund eine Million Menschen sind langzeitarbeitslos. Etwa die Hälfte von ihnen findet bereits seit zwei Jahren oder noch länger keinen Einstieg in Arbeit. Oft kommen mehrere „Vermittlungshemmnisse“ zusammen: fehlende Schul- oder Berufsabschlüsse, gesundheitliche Probleme, soziale Einschränkungen.

Mit der Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung möchte die SPD-Bundestagsfraktion einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen, um diesen Menschen neue Perspektiven auf Beschäftigung zu eröffnen. Dazu sollen Arbeitgeber, die Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen einstellen, zeitlich befristet Lohnkostenzuschüsse von 50 Prozent erhalten, in Ausnahmefällen auch bis zu 75 Prozent. Gleichzeitig sollen die Geförderten begleitend unterstützt und beispielsweise sozialpädagogisch betreut werden.

Finanziert werden soll das Programm zum einen aus dem so genannten „Eingliederungsbudget“ der Arbeitsvermittlung. Zum anderen schlagen die Sozialdemokraten vor, die „passiven“ Leistungen des Arbeitslosengeldes II als „aktive“ Leistung zur Finanzierung der Beschäftigungsverhältnisse heranzuziehen (so genannter „Passiv-Aktiv-Transfer“). Das geht aus dem Antrag „Sozialen Arbeitsmarkt dauerhaft über Passiv-Aktiv-Transfer ermöglichen“ (Drs. 17/11199) hervor.

Schrittweise sollen durch die neue Förderung bis zu 200.000 Menschen in Beschäftigung kommen. Anette Kramme, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Wenn wir mit 50.000 starten, wäre es ein großer Erfolg.“

SPORT

Anti Doping Agentur NADA vor dem Ausbluten bewahren

Das Ziel der Nationalen Anti Doping Agentur (NADA) ist der Kampf gegen Doping. Zu ihren Aufgaben gehört neben der Prävention auch die Umsetzung des national gültigen Anti-Doping-Codes und eines einheitlichen Dopingkontrollsystems.

Die Ansprüche, die Sport, Politik und Öffentlichkeit an die NADA stellen, sind enorm: Von der NADA wird seit ihrer Gründung vor zehn Jahren nicht weniger erwartet, als einen konsequenten, kompetenten und erfolgreichen Kampf gegen Doping im Sport zu führen. Das ist

mit der aktuellen finanziellen und personellen Ausstattung nicht realisierbar. Außerdem sind die Aufgabenbereiche, die die NADA abdecken soll, immer weiter gewachsen.

Sie erstrecken sich von Präventionsangeboten und Schulungen über die Weiterentwicklung des Kontrollsystems, die Zusammenarbeit und Beratung der mit Dopingfragen befassten wissenschaftlichen, politischen und sonstigen Institutionen und Sportorganisationen, die internationale Zusammenarbeit und die Zuarbeit bei der Erstellung der Anti-Doping-Berichte der Sportverbände. Zu den Kernaufgaben der NADA gehören auch die Durchführung von Dopingkontrollen und ein Ergebnismanagement für die Verbände. Die Erfüllung der Aufgaben ist mit den bisher gegebenen finanziellen Ressourcen kaum machbar.

Bundesländer, Wirtschaft und Sportverbände sind ihrer Verantwortung für einen sauberen Sport nicht gerecht geworden, so dass der mit Abstand größte Teil der Finanzierung durch den Bund erbracht werden musste. Doch auch die Mittel des Bundes sind von der derzeitigen Bundesregierung gekürzt worden, so dass schon in diesem Jahr nur durch zusätzliche Mittel, die im Rahmen der Haushaltsberatungen nachträglich eingestellt wurden, der geordnete Betrieb der NADA für 2013 aufrecht erhalten werden kann. Das ist nicht hinnehmbar, da eine glaubwürdige Dopingbekämpfung nur von einer starken, unabhängigen und finanziell dauerhaft auf sicheren Füßen stehenden NADA geführt werden kann.

Die SPD-Fraktion hat darum am 8. November den Antrag "Neue Struktur der Nationalen Anti Doping Agentur schaffen" (Drs. 17/11320) in den Bundestag eingebracht. Darin fordert sie, eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen, die Vorschläge für eine neue Struktur der NADA erarbeitet. Die Unabhängigkeit der NADA muss dabei sichergestellt werden. Gleichzeitig muss eine dauerhaft solide finanzielle Ausstattung die NADA in die Lage versetzen, die Dopingbekämpfung mit der notwendigen Konsequenz führen zu können.

ENERGIE

Kein nationaler Alleingang bei Markttransparenzstelle für den Energiegroßhandel

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, bei der Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Energiegroßhandel, die Durchsetzungakte für die entsprechende EU-Verordnung abzuwarten, auf diese Einfluss zu nehmen und sie in der nationalen Gesetzgebung ggf. zu verbessern.

Zur Zeit stehen den Aufsichtsbehörden keine ausreichenden Instrumente zur Verfügung, um Einflussnahmen auf den Preis auf den Energiegroßhandelsmärkten (Strom, Gas und Kraftstoffe) aufzudecken und zu sanktionieren. Ursache ist ein ein Transparenzdefizit. Den Behörden fehlt der Überblick über das Marktgeschehen. Dabei ergeben sich aus den komplexen Preisbildungsmechanismen und den bestehenden Kapazitäten auf den Erzeugungs- und Importmärkten verschiedene Manipulationsmöglichkeiten. Deshalb muss ein Regelwerk verabschiedet werden, dass Transparenz auf den Energiemärkten schafft.

Mit der Verordnung über Transparenz und Integrität der europäischen Großhandelsmärkte für Elektrizität und Gas (REMIT) vom Oktober 2011 hat die Europäische Kommission einen wichtigen und richtigen Schritt zur Herstellung von Transparenz unternommen. Die REMIT-Verordnung verbietet u. a. Insiderhandel und Marktmanipulation. Außerdem werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Sanktionen für Verstöße gegen die Verordnung festzulegen.

Entschließungsantrag der SPD

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einrichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas greift die Regierung der Durchführungsakte der EU-Kommission zur Umsetzung der Transparenzstelle vor. Deshalb fordert die SPD-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 17/11401) die Koalition auf, die Einrichtung einer nationalen Markttransparenzstelle zurückzustellen. Die Bundesregierung soll ihre Position zu einer transparenten Preisbildung auf den Energiegroßhandelsmärkten in die Durchführungsakte zur EU-REMIT-Verordnung einbringen und erst im Anschluss in einem nationalen Gesetzgebungsverfahren eventuell noch vorhandene Lücken bei Transparenz und Überwachung schließen.

Dabei soll die Regierung dafür sorgen, dass für die meldepflichtigen Unternehmen keine Doppelstrukturen und damit vermeidbare Kosten aufgezwungen werden. Außerdem sollen Erzeugungsanlagen erst ab einer Größe von 50 Megawatt in das Regelwerk einbezogen werden. Die Markttransparenzstelle und das dafür notwendige Personal sollen in die Strukturen und Arbeitsabläufe des Bundeskartellamtes integriert werden. Ebenso soll eine umfassende Überwachung des Kraftstoffmarktes vorgesehen werden, Verdachtsmomenten auf Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung soll unverzüglich nachgegangen werden.

VERKEHR

Sicherheit im Seeverkehr herstellen

Die Havarie des deutschen Containerschiffs MSC Flaminia im Nordatlantik hat gezeigt, dass die Sicherheitsstandards und das Unfallmanagement im Seeschiffsverkehr nicht ausreichen. Das Schiff war auf dem Weg von Charleston in den USA nach Bremerhaven. Während der Fahrt fing das Schiff Feuer. Dadurch kam es an Bord zu mehreren Explosionen und Bränden. Die Besatzung verließ das Schiff. Wochenlang trieb die MSC Flaminia dann im Nordatlantik herum, nun wird sie im Tiefseehafen Wilhelmshafen entladen.

In ihrem Antrag (Drs. 17/10819) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, den Bundestag über die Analyse des Unfallhergangs zu informieren. Auf europäischer Ebene soll das EU-Notfallkonzept überprüft werden. Verunglückte Schiffe müssen den am besten geeigneten Nothafen so schnell wie möglich anlaufen können. Das gemeinschaftliche Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffverkehr ist zu nutzen. Die Meldepflicht für falsch deklariertes Gefahrgut muss überprüft werden. Eine gemeinsame Kontrolle der Seefracht durch nationale Behörden ist zu erwägen.

Maritimes Bündnis weiter entwickeln

Das „Maritime Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung“ soll den Schifffahrtsstandort Deutschland stärken. Es wurde auf Initiative der SPD zwischen Bund, Ländern und Sozialpartnern geschlossen. Da noch nicht alle Ziele erreicht sind, muss das Bündnis weiter entwickelt werden.

In ihrem Antrag (Drs. 17/10097) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die rechtlichen Voraussetzungen für die Erhebung des von der deutschen Reederschaft zugesagten Eigenbeitrags zu schaffen. Darüber hinaus ist ein Fondsmodell für die Schifffahrtförderung vonnöten. Das seemännische Know-how ist durch Ausbildungsplatzförderung und Zuschüsse zur Senkung der Lohnnebenkosten zu fördern. Mit den Sozialpartnern müssen neue Ziele verabredet werden, um den Anteil von Handelsschiffen

unter deutscher Flagge zu erhöhen. Und schließlich ist das internationale Seearbeitsübereinkommen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Seeleuten zu ratifizieren.

MENSCHENRECHTE

Menschenrechte in Zentralasien stärken

Die Menschenrechtslage in den zentralasiatischen Staaten – Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – ist besorgniserregend. Die Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit ist stark eingeschränkt, und die Opposition wird unterdrückt. Die zentralasiatischen Staaten haben sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht in eine demokratische Richtung entwickelt. Ausgehend von demokratisch anmutenden Verfassungen haben sie vielmehr eine Entwicklung hin zu immer autoritäreren Strukturen genommen, die mit der fortlaufenden Verlängerung der Amtszeiten der Machthaber einhergeht.

Das ist besonders im Hinblick auf die Einhaltung der Menschenrechte problematisch. Kirgisistan droht ein so genannter failed state zu werden, und die Staaten Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan sind in dieser Reihenfolge unterschiedlich stark autoritär, wobei Turkmenistan am stärksten autoritär regiert wird. Besonders gravierend ist die Situation in Usbekistan und Turkmenistan. In keinem der fünf Staaten existiert ein unparteiisches Rechtssystem.

In einem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/9924) fordern die Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, in der Zentralasien-Strategie der EU die Maßnahmen für den Schutz der Menschenrechte effizienter zu gestalten. Die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen soll gefördert werden. Die Medien- und Informationslandschaft muss ausgebaut werden und frei zugänglich sein. Reise- und Bewegungsfreiheit muss für alle Bürgerinnen und Bürger gelten. Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind in allen Ländern Zentralasiens zu beachten. Die Rechte aller Religionsgemeinschaften sind zu wahren. Es muss gleiche, freie und geheime Wahlen geben. Menschenrechtsverletzungen müssen öffentlich verurteilt werden.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Entwicklungspolitisches Strategiepapier vorgestellt

„Eine Welt, eine Zukunft – für eine nachhaltige und fortschrittliche sozialdemokratische Entwicklungspolitik“ heißt das neue Strategiepapier der Arbeitsgruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion.

Leitende Prinzipien bei der Formulierung einer zukunftsfähigen Entwicklungspolitik sind für die Sozialdemokratie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit. Sie gelten auch in einer globalisierten Welt.

Unsere Welt steht am Beginn des 21. Jahrhunderts vor großen Herausforderungen. Die Globalisierung birgt vor allem für die Ärmsten zahlreiche Risiken. Sie kann aber auch Chancen und Perspektiven für eine bessere Entwicklung bieten. Diese Chancen zu erkennen, zu ergreifen und damit positive Entwicklungen für möglichst viele Menschen anzustoßen, ist Aufgabe einer nachhaltigen Entwicklungspolitik. Die Fülle an Anforderungen bringt es mit sich,

dass moderne Entwicklungspolitik heute mehr denn je eine Querschnittsaufgabe vieler Politikfelder ist.

In dem Strategiepapier werden die wichtigsten Politikbereiche benannt: Sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist gleichermaßen Gesundheits- und Sozialpolitik, wenn es etwa um die Bekämpfung von HIV/AIDS, die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und die Senkung der Kindersterblichkeit oder um den Aufbau Sozialer Sicherungssysteme geht. Entwicklungspolitik ist auch Bildungspolitik, denn sie sorgt dafür, dass immer mehr Kinder in Entwicklungsländern in die Schule gehen können.

Entwicklungspolitik ist auch Gleichstellungspolitik, weil sie die Rolle der Frauen in den Partnerländern stärkt. Und sie ist der Garant für eine sozial gerechtere Gestaltung der Globalisierung, wenn sie sich für ein breitenwirksames inklusives Wachstum einsetzt und für gute Arbeit, faire Löhne, die Einhaltung der politischen und sozialen Menschenrechte sowie einen fairen Welthandel kämpft. Sie ist Klima- und Umweltpolitik, wenn es darum geht, Partnerländer bei Fragen von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu unterstützen und durch den Erhalt der tropischen Wälder die biologische Vielfalt zu schützen. Darüber hinaus ist sie präventive Sicherheitspolitik, denn Armutsbekämpfung und der Aufbau demokratischer Strukturen tragen dazu bei, Radikalismus und Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

WIEDERVEREINIGUNG

Lebensverhältnisse zwischen Ost und West weiter angleichen

Auch wenn die Deutsche Einheit nun schon mehr als zwei Jahrzehnte zurückliegt, kann von gleichen Lebensverhältnissen in Ost und West noch nicht in allen Bereichen die Rede sein. Der „Aufbau Ost“ hat die ostdeutschen Länder zwar in den vergangenen Jahren weiter voran gebracht, aber aus Sicht der SPD-Fraktion bedarf es weiterer Investitionen und Anstrengungen, um die Lebensverhältnisse anzugleichen.

Dank des Aufbauprogramms sind durchaus Erfolgsmeldungen aus den ostdeutschen Bundesländern zu vermelden: Die Arbeitslosenquote ist auf einen historischen Tiefststand gesunken, auch wenn sie noch immer fast doppelt so hoch ist wie in vielen Regionen der alten Bundesländer. Positiv ist auch, dass der Wirtschaftsstandort Ostdeutschland gerade für Unternehmen der Schlüsselbranchen – wie z. B. Mikroelektronik oder erneuerbare Energien – stark an Attraktivität gewonnen hat und sich viele solcher Firmen in den ostdeutschen Ländern bereits niedergelassen haben.

Lebensverhältnisse noch nicht auf einem Niveau

Dennoch gibt es noch viele Bereiche, in denen sich die Lebensverhältnisse der Menschen, die in Ost- oder Westdeutschland leben, stark unterscheiden. Es gibt sogar rückläufige Tendenzen im Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse – ein ernüchternder Status quo mehr als 20 Jahre nach der Einheit. Unter anderem ist das Einkommen innerhalb von zwei Jahren auf aktuell 82,8 Prozent des Westniveaus gesunken, und auch die ostdeutsche Wirtschaftskraft hat im Vergleich zu der in den neuen Ländern abgenommen. Das wirkt sich natürlich auch auf das Rentenniveau aus, das im Osten noch immer geringer ist als im Westen.

Eine besondere Herausforderung stellt der demografische Wandel dar, wie Daniela Kolbe, MdB aus Leipzig und Berichterstatterin der SPD-Fraktion für den Aufbau Ost, betont: "Der demografische Wandel wird sich zur größten Herausforderung in den kommenden Jahren entwickeln und bedarf konkreter Konzepte und Lösungsansätze. Die schwarz-gelbe

Bundesregierung ist aber auch hier ideenlos und blass. Mit ihrer passiven Politik setzt Schwarz-Gelb die Zukunft Ostdeutschlands aufs Spiel.“

Das unterstreicht auch die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Dagmar Ziegler. Aus ihrer Sicht fehlt das nötige Interesse und Gespür für die Belange Ostdeutschlands auf Seiten der Regierung und besonders bei dem zuständigen Bundesinnenministers Friedrich. Ziegler sagt dazu: "Ostdeutschland setzt 2013 auf einen Regierungswechsel im Bund. Denn Ostdeutschland wird unter Schwarz-Gelb nur Randthema bleiben."

Die SPD-Fraktion betont daher in ihrem Entschließungsantrag, dass es weiterer Investitionen bedarf, um eine tatsächliche Anpassung der Lebensverhältnisse zu erreichen. Die Bundesregierung darf sich nicht von dem im Grundgesetz und Einheitsvertrag postulierten Ziel, gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen, verabschieden.

Neue Strategien vonnöten

Zwar hat sich das traditionelle Modell des „Aufbau Ost“ stellenweise bewährt, aber für die Zukunft ist es ausgeschöpft; neue Ideen und Strategien sind gefragt. Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung unter anderem auf, den Solidarpakt II nicht anzutasten und als wichtigsten Eckpfeiler für den Aufbau Ost beizubehalten. Zudem ist eine Anschlussförderung auch nach 2019 – also nach Ende des Solidarpaktes – für strukturschwache Regionen nach Ansicht der SPD-Fraktion sinnvoll. Ausdrücklich betont wird im Antrag, dass in eine solche denkbare Anschlussförderung auch strukturschwache westdeutsche Regionen einzubeziehen sind. Darüber hinaus fordert der Antrag, dass die Kapitalausstattung ostdeutscher Unternehmen gesteigert werden soll. Zudem sollen Investitionsprogramme und Investitionen in Wissenschaft und Forschung verstetigt werden. Schließlich betont und fordert der Entschließungsantrag, dass endlich ein einheitliches Rentensystem vonnöten ist.

VERANSTALTUNG

Marktwächter einführen, Verbraucherinteressen stärken

Immer wieder machen Verbraucherinnen und Verbraucher unangenehme Erfahrungen mit Dienstleistungen oder auch Produkten. Dazu gehören z. B. viel zu hohe Zinsen beim Dispokredit, fehlerbehaftete Software, die bereits als Betaversion verkauft wird, viel zu komplexe Informationen auf Lebensmittelverpackungen oder Probleme beim Anbieterwechsel im Bereich der Telekommunikation oder Energieversorger. Um die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken, hat die SPD-Bundestagsfraktion das Modell des Marktwächters entwickelt. Darüber hat die Fraktion mit Expertinnen und Experten aus dem Verbraucherschutz und der Wirtschaft am 5. November diskutiert. Über 100 Interessierte haben an der Veranstaltung teilgenommen.

Kollektiven Verbraucherschutz ausbauen

Die Verbraucherpolitik habe mit der Entwicklung der globalisierten Märkte und der digitalen Innovationen bislang nicht mitgehalten, stellte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber in seinem Eingangsstatement fest. Die Verbraucher und Verbraucherinnen seien nicht auf Augenhöhe mit den Anbietern. Kein Verbraucher habe die Übersicht über alle Bereiche, aus denen er Produkte oder Dienstleistungen bezieht. Zur Stärkung der Zivilgesellschaft sei es deshalb notwendig, den kollektiven Verbraucherschutz auszubauen und etablierte Organisationen damit zu beauftragen. Kelber machte auch deutlich, dass die Einführung eines Marktwächters nicht den „Rückzug des Staates“ bedeute. Der Marktwächter solle sein Fachwissen im Sinne der Verbraucher nutzen

und dazu auch die notwendigen Kompetenzen haben. Andere Länder in Europa seien bereits weiter. Dänemark verfüge über einen Ombudsmann, der auch ein kollektives Klagerecht habe. Der Justiz- und Verbraucherschutzminister von Rheinland-Pfalz, Jochen Hartloff, unterstrich in seinem Grußwort, dass gesetzliche Regelungen die „äußeren Leitplanken“ für das Verhalten der Dienstleistungs- und Produkthanbieter seien. Darüber hinaus bräuchten die Verbraucher aber Hilfen, um sich auf dem Markt zurecht zu finden sowie ihr Recht ausfechten und durchsetzen zu können. Er bewertete die Idee des Marktwächters positiv, um gemeinsam mit der Wirtschaft für Marktgerechtigkeit zu sorgen.

Verbraucher verlieren den Überblick

Verbraucher sehen sich heute vielfältigen Informationen zu jeder Dienstleistung und jedem Produkt gegenüber, so dass Dr. Christian Thorun von ConPolicy – Institut für Verbraucherpolitik von einem Information Overload sprach. Auf Grund der großen Angebotsfülle würden Verbraucher z. B. im Bereich der Telekommunikation den Anbieterwechsel scheuen, weil es ihnen unmöglich sei, einen Marktüberblick zu erhalten und ihn zu bewerten. Verbraucher würden mit irreführenden Werbeaussagen, unlauteren bzw. überkomplexen Vertragsbedingungen, unzureichenden Informationen zu den Risiken eines Produkts (z. B. bei Finanzprodukten), unverhältnismäßigem Aufwand, Produkte und Dienstleistungen miteinander zu vergleichen und mangelnder Hilfestellung in der Verarbeitung von Informationen (Online-Rechner etc.) konfrontiert. Die Marktbeobachtung bezeichnete Thorun in Deutschland als Defizit. Ebenso kritisierte er, dass die Marktaufsicht kein richtiges Mandat habe. Er sprach sich dafür aus, die Verbraucherschutzgesetzgebung zu reformieren. Marktwächter dürften aber nicht nur auf die Missbrauchsaufsicht reduziert werden. Sie sollten vorbeugend den Markt gestalten sowie Verbraucher und Politik beraten. Und sie sollten trotz unterschiedlicher fachlicher Zuständigkeit unter einem gemeinsamen Dach agieren.

Marktwächter: ein neuer Vermittler

Durch die Änderungen auf den Märkten, vor allem durch ihre Liberalisierung und die Globalisierung, sei die Marktaufsicht überfordert, erläuterte Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), dem Kartellamt und der Börsenaufsicht gingen zwar Beschwerden über Anbieter ein, aber sie würden nicht öffentlich gemacht. Den Marktwächter bezeichnete Billen als einen neuen Vermittler, der Erkenntnisse über den Markt und Verbraucherbeschwerden sammelt und auswertet, die Aufsichtsorgane und die Politik darüber informiert und berät. Außerdem soll er ausgestattet mit einem kollektiven Klagerecht rechtlich gegen Missstände vorgehen können. Das vorhandene Fachwissen innerhalb der Verbraucherzentralen könne dafür genutzt werden. Wichtig sei dabei eine klare Aufteilung der Aufgaben zwischen staatlichen Stellen und den Verbraucherzentralen. Märkte beobachten, Missstände aufdecken und bekämpfen

„Brauchen wir einen marktkonformen Verbraucher oder einen verbraucherkonformen Markt?“ Dieser Frage ging Kerstin Tack, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nach. Danach soll der Marktwächter – nach dem Modell der SPD-Fraktion – den Markt aus der Perspektive der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, um Missstände aufzudecken. Er soll Verbraucher und die Anbieter von Waren und Dienstleistungen unterstützen. Denn „schwarze Schafe“ aufzuspüren, helfe auch den Unternehmen, sagte Tack. Als Marktwächter bezeichnet die SPD-Fraktion staatlich beauftragte, aber unabhängige zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen. Ihre Aufgaben benannte Tack mit den so genannten fünf Bs:

- beobachten: Anbieterverhalten und Marktanalyse
- beraten: Hinweise systematisch erfassen
- bewerten: unlautere Praktiken aufspüren und transparent machen und gegebenenfalls warnen
- bearbeiten: Anregungen an die Aufsicht, Politik und Wirtschaft geben

- bekämpfen: kollektiv Verbraucherschutzinteressen wahrnehmen und klagen

Marktwächter für die Bereiche Finanzen, Energie, Gesundheit und die digitale Welt

Am detailliertesten habe die SPD-Fraktion vor dem Hintergrund vieler falsch beratener Privatanleger die Rolle des Finanzmarktwächters konzipiert. Weitere Marktwächter solle es nach Auffassung der SPD-Fraktion in den Bereichen Gesundheit, Energie und der digitalen Welt geben. Die Aufgaben des Marktwächters sollten bei den Verbraucherzentralen angesiedelt werden, die dafür auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung erhalten sollen, beschrieb Tack das Vorgehen. Mit dem Marktwächter würden Verbraucherinteressen in Deutschland gestärkt, da neben den individuellen Verbraucherschutz der kollektive Verbraucherschutz trete. Der Marktwächter – gut für Verbraucher und Wirtschaft

Auch wenn in der auf die Impulsreferate folgenden Podiumsdiskussion von Seiten der Wirtschaftsvertreter – Herbert Jütten vom Bankenverband und Dr. Bernhard Rohleder vom BITKOM – teilweise Vorbehalte geäußert wurden, waren sich alle einig, dass die Einführung von Marktwächtern den Verbraucherschutz stärken werde. Carsten Sieling, Mitglied im Finanzausschuss, machte in der Diskussion deutlich, dass Verbraucherpolitik für die SPD auch Sozialpolitik sei. Die schwächeren Verbraucher würden häufiger Opfer von Anbietern, deshalb brauchten sie Unterstützung. In ihrem Schlusswort fasste es die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß, so zusammen, dass die Einrichtung von Marktwächtern sowohl für die Nachfrager als auch für die Anbieterseite eine win-win-Situation darstelle.

Moderiert wurde die Konferenz von Alfred Eichhorn, Journalist.

Auf www.spdfraktion.de/youtube ist ein Video zu der Veranstaltung zu sehen, auf dem Flickr-Account finden sich Fotos.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>